

ANTRAG

der Fraktion DIE LINKE

Landesaufnahmeprogramm für Geflüchtete auflegen

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Die Situation für Menschen in den Flüchtlingslagern in Griechenland und an der türkisch-griechischen Grenze ist unverändert katastrophal. Selbst der Minimalkonsens der Bundesregierung, mit weiteren europäischen Ländern circa 1 500 Schutzbedürftige im Alter von bis zu 14 Jahren aufzunehmen, wurde nicht eingehalten. An den europäischen Außengrenzen spielen sich weiterhin leidvolle Tragödien ab, Menschenrechte werden mit Füßen getreten.
2. Der Landtag spricht sich im Rahmen der Umsetzung der Genfer Flüchtlingskonvention und Europäischen Menschenrechtskonvention für die eigenständige, menschenwürdige Aufnahme und Unterbringung von Geflüchteten in unserem Bundesland aus. Landkreisen, Städten und Gemeinden soll es ermöglicht werden, in eigener Verantwortung und über die Zuweisungen des Bundes hinaus, Geflüchtete aus den Flüchtlingslagern und von den europäischen Außengrenzen in ihren Gebietskörperschaften aufzunehmen.

II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. ein Landesaufnahmeprogramm aufzulegen, mit dem die Aufnahme und Unterbringung schutzsuchender Menschen, unter anderem von der türkisch-griechischen Grenze und den Flüchtlingslagern auf den griechischen Inseln, in Mecklenburg-Vorpommern eigenständig ermöglicht und geregelt wird.

2. die Organisation und Durchführung der Aufnahme Geflüchteter in Mecklenburg-Vorpommern zu koordinieren und die Kommunen bei der Umsetzung zu unterstützen, insbesondere
 - a) die Behörden und Organisationen vor Ort bei der Auswahl besonders schutzbedürftiger Personen zu unterstützen.
 - b) die Reise und Aufnahme der Geflüchteten nach Mecklenburg-Vorpommern zu organisieren und durchzuführen.
 - c) die Kommunen bei der Unterbringung, Versorgung und Betreuung nach den geltenden Gesetzen und Verordnungen finanziell, sächlich und personell zu unterstützen.
3. das Landesaufnahmeprogramm bis zum 31. Oktober 2020 dem Landtag vorzulegen.

Simone Oldenburg und Fraktion

Begründung:

Mehrere Städte in Mecklenburg-Vorpommern haben sich im Zuge der Bewegung „Bündnis Seebrücke M-V“ durch Beschlüsse der Stadtvertretung und Bürgerschaft bereiterklärt, eigenständig und über die bisherigen Zuweisungen (u. a. mittels Königsteiner Schlüssel) hinaus, Geflüchtete aus den überfüllten griechischen Flüchtlingslagern in ihren Kommunen aufzunehmen. Im März 2020 richtete sich das „Bündnis Seebrücke M-V“ mit einem Offenen Brief an die Landesregierung und an den Landtag. Eine der Forderungen ist ein eigenes Landesaufnahmeprogramm.

Mit diesem soll das Land einen Rahmen schaffen, um die Aufnahme besonders Schutzbedürftiger über bestehende Kontingente hinaus zu regeln und zur Umsetzung zu bringen. Bei der Erarbeitung des Landesaufnahmeprogramms sind zivilgesellschaftliche Akteurinnen/Akteure im Bereich der Migration und Integration, darunter das Netzwerk der Migrantenselbstorganisationen MIGRANET M-V, zu beteiligen.

Die Auflage eigener Landesprogramme zur Aufnahme Geflüchteter durch die Bundesländer bedarf keiner Zustimmung durch das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat.

.